



HESSISCHER LANDTAG

22. 05. 2007

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hessens Wissenschaftspolitik gescheitert

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Mit dem Rückzug des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, wird offenbar, dass die Politik der Regierung Koch in dem wichtigen Feld der Hochschulpolitik gescheitert ist.

Die Landesregierung hat sich nicht als verlässlicher Partner der Hochschulen erwiesen. Sie hat den Hochschulpakt I gebrochen. Sie hat das im Grunde sinnvolle Instrument der Leistungsorientierten Mittelzuweisung (LOMZ) ausgehöhlt und dazu verwendet, die Unterfinanzierung der Hochschulen zu verschleiern. Sie hat sich von den Prinzipien einer demokratischen Gruppenhochschule verabschiedet und die inneren Strukturen in verschiedenen Schritten der Hochschulgesetzgebung entsprechend verändert. Dabei hat sie insbesondere durch die starke Stellung des Hochschulrats, die im TUD-Gesetz modellhaft verankert ist, das Gefüge innerhalb der Hochschule empfindlich gestört.

Die Landesregierung hat Studierende im Regen stehen lassen und die soziale Ungerechtigkeit an den Hochschulen verschärft. Durch die Einführung von zunächst Langzeit- und dann allgemeinen Studiengebühren werden soziale Schranken beim Zugang zu höherer Bildung nicht nur verstärkt, sondern darüber hinaus neue aufgebaut.

Die Landesregierung hat den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht gefördert. Die Förderung von Frauen an den Hochschulen würde sträflich vernachlässigt. Außer gelegentlichen Lippenbekenntnissen hat die Landesregierung keine Akzente gesetzt.

Die Landesregierung ist ihrer Verantwortung für die Hochschullandschaft Hessens nicht gerecht geworden, weil sie keinerlei strategische Planung und Beratung der Hochschulen vorgenommen hat. Sie hat sich dieser Aufgabe stets unter dem Deckmantel der Autonomie verweigert. Dies hat dazu geführt, dass Cluster und Exzellenzen nicht in dem Maße ausgebildet werden konnten, wie dies möglich gewesen wäre. Hessen wird unter seinen Möglichkeiten regiert.

Die Landesregierung hat sich nicht als verlässlicher Partner für Innovation, Wissenstransfer und wissenschaftliche Einrichtungen erwiesen. Im Rahmen der Operation "düstere Zukunft" wurden die ohnehin spärlichen Mittel für Forschungseinrichtungen in Hessen teilweise dramatisch gekürzt. Auswirkungen zeigen sich auch in dem Innovationsmonitor des Hessischen Statistischen Landesamtes, das überdeutlich gemacht hat, wie unterdurchschnittlich die öffentlichen Beiträge für Innovationen in Hessen sind.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die allgemeinen Studiengebühren müssen zurückgenommen werden. Sie sind sozial ungerecht, weil sie eine zusätzliche Bildungsbarriere darstellen. Damit werden kluge Köpfe von der Aufnahme eines Stu-

diums abgeschreckt. Dies ist mittel- und langfristig auch ökonomisch dumm. Stattdessen muss es das Ziel sein, die Zahl der Studienplätze in Hessen zu erhöhen. Im Internationalen Vergleich liegt Deutschland in der Akademikerquote weit hinten. Um die Teilhabe Deutschlands und Hessens an der Entwicklung der Wissensgesellschaft zu sichern, müssen mehr junge Menschen ein Hochschulstudium absolvieren.

2. Den Hochschulen des Landes muss eine verlässliche Finanzplanung gesichert werden. Dazu muss die leistungsorientierte Mittelzuweisung (LOMZ) reformiert und zu einem fairen und gerechten Finanzierungsinstrument weiterentwickelt werden.
3. In der Hochschulgesetzgebung muss an die demokratische Tradition wieder angeknüpft werden. Moderne Hochschulen funktionieren nicht wie Wirtschaftsbetriebe, denn Forschung und Lehre sind keine Ware.
4. In diesem Zusammenhang soll ein Schwerpunkt auf die aktive Förderung von Frauen im Forschungs- und Wissenschaftsbetrieb gesetzt werden. Dieser muss institutionell und finanziell sichtbar werden. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus.
5. Hessen ist ein Hochschulland der Regionen. Als solches muss es eine abgestimmte Hochschulentwicklungsplanung in Hessen geben, in der besondere Stärken zu Clustern und Exzellenzen ausgebildet und besondere Schwäche identifiziert und aufgearbeitet werden können. Hessen braucht einen Masterplan Hochschule 2020, um im härter werdenden nationalen und internationalen Wettbewerb mithalten zu können.
6. Hessen ist ein starkes und innovatives Land. Forschung und Entwicklung haben in Hessens Ökonomie eine ganz besondere Bedeutung. Allerdings wird die Landesregierung dem in keiner Weise gerecht. Hessen braucht eine neue und leistungsfähige Struktur im Bereich des Wissens- und Technologietransfers, der die Potenziale der Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit denen der freien Forschung und Entwicklung sowie dem unternehmerischen Potenzial verlinkt. Dieses Konzept muss finanziell auskömmlich untermauert sein.

Wiesbaden, 22. Mai 2007

Die Fraktionsvorsitzende:
Ypsilanti